

Hamburger Lehrerzeitung

Herausgegeben und verlegt von der
Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul-
und Erziehungswesens in Hamburg

12. Jahrgang

Hamburg, Sonnabend, den 6. Mai 1933

Nummer 18

Inhalt: Gleichschaltung der „Gesellschaft“. / Zur Vereinfachung der Rechtschreibung. / Zum Brahmskonzert. / Das neue Schulgesetz. / Professor Spranger tritt zurück. / Erklärung des Verbandes der Deutschen Hochschulen. / Bekanntmachung des NSEB. / Aus Hamburg: An die Leser der Hamburger Lehrerzeitung. / Maßnahmen der Landes Schulbehörde. / Die hamburgische Gesamtlehrerschaft bei Sagebiel. / Schulkinder in Uor. / Schleswig-Holstein in der Bildkarte. / Mitteilungen / Beilage: Bücher und Schriften Nr. 4.

Gleichschaltung der „Gesellschaft“.

Am 27. April 1933, 17 Uhr, fand im Großen Saale des Curiohauses die außerordentliche Hauptversammlung der „Gesellschaft“ statt, in der der Beschluß gefaßt wurde: „Die „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens“ erklärt ihren Eintritt in den Nationalsozialistischen Lehrerbund.“ Dieser Beschluß bedeutet eine Wende, mit ihm beginnt ein neuer Abschnitt in der Vereinsgeschichte. Der Bedeutung des Beschlusses entsprechend war die Versammlung ungewöhnlich stark besucht. Nicht nur in den Gängen zwischen den Stuhlreihen, sondern noch draußen vor dem Saale drängten sich die Mitglieder, die Zeuge der geschichtlichen Stunde sein wollten. Die Versammlung folgte den Ausführungen und der Geschäftsführung Gustav Küchlers in der würdigen Haltung, wie sie dem Stande und der Stunde geziemt.

Der Vorsitzende begründete den Antrag in folgenden Darlegungen: Im Reiche hat sich seit einigen Wochen eine Umwandlung vollzogen von einem ungewohnt großen Ausmaße. Kein Lebensgebiet wird davon ausgeschlossen, auch nicht das Schulwesen, auch nicht die Lehrerorganisation. In Zukunft wird es im Deutschen Reiche nur eine einzige allumfassende Lehrerorganisation geben; die Lehrende vom Kindergarten bis zur Hochschule umfaßt. Die Grundidee, die diesem Plane vorschwebt, ist diese: Wenn man eine einheitliche Schule schaffen will, dann soll man nicht bei Steinen anfangen, sondern bei Menschen, und zwar bei den Menschen, die Hauptträger der in der Schule geleisteten Arbeit sind, bei den Lehrern. Gelingt es, diese zu einem einheitlichen Block zusammenzuschweißen, der beseelt ist zu einem einheitlichen Willen, dann kommt — meinen die Schöpfer der Idee — die Einheitlichkeit des Schulwesens. Die Lehrerorganisationen haben demzufolge, damit dieses einheitliche Gebilde geschaffen wird, sich einzugliedern in den einzigen Nationalsozialistischen Lehrerbund. Zur Durchführung der dazu nötigen Maßnahmen ist vom Herrn Reichsminister Friedr. Herr Schemm, der Reichsleiter des Bundes, bestimmt worden. Er hat die Vollmachten zur Überführung bestehender Verbände nach dem Nationalsozialistischen Lehrerbund Herrn Dr. Sablotnik, Berlin, übertragen. Die einzelnen Bevollmächtigten haben ihre Vollmachten von ihm. Die Vollmacht, die dem hiesigen Kommissar, Herrn v. d. Sieth, übermittelt worden ist, habe ich eingesehen. Daß diese Vollmachten ausgestellt worden sind, habe ich in Leipzig selbst gehört.

Der korporative Eintritt der „Gesellschaft“ zum Nationalsozialistischen Lehrerbund bedeutet nicht, daß dadurch sämtliche Mitglieder der „Gesellschaft“ Mitglieder der Partei würden. Weber die Parteimänner noch die Männer des Lehrerbundes haben den Wunsch, auf diesem Wege urplötzlich ein Millionenheer als Parteifreunde zu gewinnen. Es bedeutet vielmehr, daß der Anfang gemacht wird zu der Großorganisation, die unter Führung von Nationalsozialisten steht. Mit dieser Überführung korporativer Art ist noch nicht gesagt und noch nicht völlig geklärt, ob nicht außerdem eine besondere Überführung eines jeglichen

persönlich notwendig ist, wenn er als einzelner dem Bunde angehören will.

Der Sinn der Gleichschaltung ist dieser: Bei der Zielstrebigkeit, nicht ein Neben- und Durcheinander, sondern eine einheitliche geschlossene Willenshandlung herbeizuführen, ist es notwendig, die Vorstände so zu besetzen, daß Gewähr dafür geboten wird, daß die Einrichtungen im nationalsozialistischen Sinne gehandhabt werden. Ähnlich, wie es im Reiche ist, daß der nationale Block etwas mehr als die Hälfte der Wahlstimmen repräsentiert, so ähnlich wird nach dem Gleichschaltungsprinzip überall verfahren.

Eine Schwierigkeit liegt besonders auf wirtschaftlichem Gebiete. Der Kommissar hat erklärt, daß er gewillt ist, die Eigentumsrechte der „Gesellschaft“ zu respektieren. Die Nationalsozialistische Partei steht bewußt auf dem Boden des Privateigentums. Die schriftliche Zusicherung des Kommissars lautet:

„Hierdurch erkläre ich als hamburgischer Kommissar zur Gleichschaltung der Lehrerverbände, daß — abgesehen von abweichender reichsgesetzlicher Regelung — die der „Gesellschaft der Freunde“ gehörenden Vermögenswerte, einschließlich ihrer Kassen und des Curiohauses, dem gegenwärtigen Mitgliederbestande der „Gesellschaft der Freunde“ als Eigentum verbleiben werden.

(gez.) Heinrich von der Sieth,

Gauobmann des Nationalsozialistischen Lehrerbundes.“

Die Einschränkung besagt, daß über der Machtfülle des Kommissars noch die Gesetzgebung steht. Ich kann mir aber nicht denken, daß die Regierung Vermögen der Lehrerverbände unter Ausnahmerecht stellen würde. Ich glaube also nicht an eine einschränkende gesetzliche Maßnahme.

So wie die „Gesellschaft“ bestrebt gewesen ist, kein reiner Volksschullehrerverein zu sein, sondern bemüht, alle Gruppen zu umfassen, um so von den verschiedensten Blickpunkten her gesehen, die Arbeit zu befruchten, so muß es einleuchten, wenn wirklich alle Erzieher zu einer berufsständischen Säule gehören, daß das Gebilde der gleichen Zielstrebigkeit entspringt, die den Gründern und Trägern der „Gesellschaft“ seit Jahrzehnten vorgeschwebt hat. Der Vorstand empfiehlt den Eintritt also nicht nur wegen der Reichsvorschrift, sondern sieht in ihm bewußt auf lange Sicht ein großes zukunftsträchtiges Werk.

Herr Klüg beantragte Besprechung, die aber gegen drei Stimmen abgelehnt wurde. Gleichfalls gegen drei Stimmen wurde dann der Eintritt der „Gesellschaft“ in den Nationalsozialistischen Lehrerbund beschlossen. Ein Antrag des Vorstandes, von § 16 der Satzungen eine Ausnahme zu machen und den ganzen Vorstand in einem einmaligen Wahlgange durch Handaufheben zu wählen, wurde gleichfalls gegen wenige Stimmen angenommen.

Herr Küchler begründete dann die vorgelegte Vorstandsliste. Die Liste ist entstanden aus gemeinsamer Arbeit und Beratung zwischen dem Kommissar und Vertretern des Vorstandes. Sie ist das einstimmige Ergebnis der Besprechung. Die Kandidaten sind

sämtlich Mitglieder der „Gesellschaft“. Die Liste ist zu werten als eine glückliche Synthese zur Überführung bewährter Arbeitskräfte in das neue Arbeitsgebiet. Herr Wilhelm Schulz ist insbesondere bekannt geworden, als die Vertreterversammlung des Deutschen Lehrervereins in Hannover die Frage behandelte, wie die Landschule in den Schulorganismus einzugliedern sei; da war Herr Schulz unser bewährter Sprecher. Sein Referat wurde viel beachtet. Noch aus einem andern Grunde ist seine Wahl bedeutsam. Die Personalunion zwischen dem Posten des Oberschulrats für das Volksschulwesen und des Vorsitzenden der „Gesellschaft“ ist ein ungemein glückliches Moment zur Vereinigung des bewährten Alten mit den neuen Ideen. Herr Dr. Geffert, der unsern Nachwuchs pädagogisch betreut, ist durch seine Arbeiten in der Lehrerzeitung bekannt. Seine Wahl bietet die denkbar beste Gewähr, daß die Lehrerzeitung ein beachtliches Niveau zeigen wird. Wir sind ihm dankbar, daß er die Bürde auf sich nimmt, um der „Gesellschaft“, der Lehrerschaft und dem Staate zu dienen.

Das Ergebnis der Wahlen ist bereits auf Seite 241 bekanntgegeben worden. Herr Küchler schloß noch folgende Ansprache an:

Damit sind wir am Ende unserer Tagung. Ich stelle fest: mit der Einmütigkeit, die ich erwartet und prophezeit habe, weil ich die „Gesellschaft“ kenne, haben wir unsere Beschlüsse gefaßt. Zu dieser solidarischen Haltung, zu diesem Weitblick in schwieriger Situation kann sich die „Gesellschaft“ beglückwünschen. Wir können uns auch freuen, einen derartigen Vorstand zu haben, der Gewähr gibt, das bewährte Alte mit dem Neuen zu vermählen. Ich bin fest davon durchdrungen, daß er bestrebt sein wird, die in der Mitgliedschaft vorhandenen Arbeitsenergien und -erfahrungen sowie den in langjähriger Arbeit aufgebauten organisatorischen Apparat in den Dienst der neuen sich aufdrängenden Aufgaben zu stellen.

Ich glaube, es gibt nunmehr keinen Menschen mehr, der etwa der Auffassung wäre, im wesentlichen bleibe alles beim Alten. Vielmehr ist festzustellen, kein Lebensgebiet wird von neuer Formung verschont bleiben, bestimmt nicht die Schule, die ein Faktor von eminenter Bedeutung ist für Volk und Staat. Da geht es nicht an, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, um als Außenstehender das große Geschehen mit den Methoden des Zeitungslesers kopfschüttelnd oder kopfnickend passiv zu verfolgen. Die Zeit erfordert Menschen, die anpacken. Wer es noch nicht gemerkt haben sollte, muß nun erkennen, daß Nationalsozialismus in erster Linie Wille ist. Zu diesem Willen muß das ernsthaft Wollen der andern hinzukommen. Ich sehe in dem, was geschieht, den Naturvorgang, wie er sich zwischen Anode und Kathode abspielt. Der Funke muß hinüberpringen, die Spannung ist da. Fehlgeschickel kann der Strom Unheil und Verderben bringen. In der Hand des Meisters kann er schöpferische Kraft entwickeln. Der Wille ist da, er muß zur schöpferischen Tat werden. Der beste Wille dazu liegt auf unserm engeren Gebiet bei Oberschulrat Schulz bestimmt vor. Das ist meine ehrliche, aufrichtige Überzeugung. Und wenn es so überall ist in deutschen Landen, wenn im Nationalsozialistischen Lehrerbund und Nichtnationalsozialisten und Nationalsozialisten als Pole mit gegenseitigem Funkenaustausch sich gegenüberstehen, nicht wie zwei Heerlager, sondern bewußt, zwei lebendige Kraftzentren zu sein, um sich wechselseitig zu befruchten, dann liegt darin ein ungemein förderndes Moment beschlossen, das zu glückhafter Synthese führen kann, zu geschlossenem deutschem Volkstum. Wenn es aber keine Redensart sein soll, daß durch den Nationalsozialismus ein einheitlich zusammengeschweißtes Volkstum ohne Rang- und Standeschränken und sonstige Hemmungen erwache, dann muß das Wort „Gleichschaltung“ auch noch einen andern Sinn haben, nicht nur den ziffernmäßigen, sondern auch den, gleichzuschalten auf dem Boden gleichen Rechts für alle. (Beifall.)

Ich bin davon durchdrungen: Wenn wir alle tatkräftig ans Werk gehen, die Zeit erfordert keine Träumer, sondern handelnde Menschen, dann geht es aufwärts. Es kann nicht angehen, zu sagen, daß wir abwarten wollen. Wir müssen alle selber anpacken, damit niemand einem den Vorwurf machen kann: durch eigene Lauheit und Flauheit habe man gelähmt und gehemmt. Und ich glaube, in der „Gesellschaft“ gibt es keinen Menschen, dem das Schicksal von Schule und Lehrerschaft gleichgültig sein kann. Aus dieser inneren Verpflichtung heraus stellen auch bisherige Mit-

arbeiter in der „Gesellschaft“ dem neuen Vorstande gern ihre Arbeitskraft zur Verfügung. Mögen auch die Reichsgesetze in Zukunft eine weitgehende Normung im Schulwesen herbeiführen, wir hoffen aber, daß ein erheblicher Spielraum den Ländern verbleibt. Es gilt, diesen Spielraum durch positiv eingestellte Arbeit gestalten zu helfen, damit die hamburgische Schule ihr besonderes Gepräge, ihre Vorzüge nicht verliere, sondern neue dazu gewinne. Ich beglückwünsche den neuen Vorsitzenden der „Gesellschaft“ und Leiter des Volksschulwesens von Hamburg, wenn die hamburgische Lehrerschaft meinen Appell berücksichtigt. Ich hoffe, daß sie es tut und seine schwere Arbeit tragen hilft, dann wird auch aus dieser Stunde, die so mancher mit bangen Herzbeklemmungen begleitet, einmal reichlicher Segen fließen.

Brausender, nicht enden wollender Beifall unterstrich nicht nur den Appell zur Mitarbeit, sondern gab dem Dankgefühl Ausdruck, von dem die Lehrerschaft gegenüber dem Manne erfüllt ist, der so unentwegt, selbstlos und geschickt viele Jahre für die hamburgische Lehrerschaft gearbeitet und gekämpft und der Verein mit überlegener Sicherheit geführt hat.

Ks.

Zur Vereinfachung der Rechtschreibung.

Don F. Kraus.

1. Grundprinzipien der Orthographie. Wer die Reformbedürftigkeit der deutschen Orthographie feststellt, könnte in gleichem Sinne auch über andere, beispielsweise die englische oder französische Rechtschreibung sprechen; denn in allen Fällen liegt die Sache ähnlich; es sind Schwierigkeiten vorhanden, die sich im Laufe der Geschichte entwickelt haben, und diese Entwicklung ist wohl in den verschiedenen Sprachen nach Tempo und Rhythmus verschieden gewesen, aber in anderer Hinsicht auch wieder ähnlich verlaufen. Die Schwierigkeiten, die die Orthographien bieten, sind vorhanden, weil es kein einheitliches Gesetz, keine Gebrauchsanweisung gibt, die man nur zu handhaben hätte, um alle Fehler zu vermeiden.

Die Orthographie ist ein geschichtlich gewordenenes sichtbares Kleid der Sprache. Das historische Prinzip wird als eine der Grundlagen angesehen, auf denen die Orthographie beruht. Man erklärt das „a“ im Worte „Mai“ aus der lateinischen, im Worte „Kaiser“ aus der griechischen Herkunft, hat aber doch in den weitaus meisten Fällen diese alten Erinnerungen abgebrochen, selbst in Eigennamen, wie „Köln, Koblenz, Kassel“, das „C“ aufgegeben, viel mehr noch in andern Wörtern, die nicht Eigennamen und deshalb nicht so formstarr sind. Das historische Prinzip genügt nicht, um die deutsche Orthographie zu erklären; es zum Richtungsgefes zu erheben, ist nicht nur im praktischen Sinne, sondern auch theoretisch unmöglich. Es wäre ein Widerspruch in sich; denn Geschichte ist nicht Festlegung auf etwas Einmaliges, sondern Feststellung von sich Entwickelndem, ewig Unfertigem, Werdenem und Vergehendem. Aus ihr läßt sich kein fester normativer Ausgangspunkt ohne weiteres herleiten; wollte man aber irgendeinen Zeitpunkt der historischen Entwicklung auswählen, nach dem eine historisch bedingte Gesetzmäßigkeit der Rechtschreibung sich zu richten hätte, so ist nicht einzusehen, warum man als einen solchen dann nicht die Gegenwart nehmen könnte. Das historische Prinzip als Gesetz löste sich aber damit in sich selbst auf. Der Vorschlag, die Rechtschreibung nach dem historischen Prinzip festzulegen, ist auch nicht durchführbar, wenn er so verstanden sein sollte, daß die historisch bedingte Schreibung soweit zu gelten hätte, als die Herkunft des Wortes zurückverfolgt werden kann. Es müßten sich dann in der Rechtschreibung alle Lehnwörter in Fremdwörter zurückverwandeln, und die Orthographie böte ein buntes Bild wie Wallensteins Lager. Der Vorschlag einer historisch gebundenen Rechtschreibung ist darum auch nur einmal gemacht, aber allgemein abgelehnt worden.

Soweit die Herkunft der Wörter von andern Wörtern des lebendigen deutschen Sprachguts sich erkennen läßt, gilt in unserer Rechtschreibung im allgemeinen die Regel, daß diese Ableitung beachtet wird. Abgeleitete Wörter sind als solche in ihrer Schreibung zu erkennen. Diese Tatsache könnte allenfalls als etwas angesehen werden, das dem historischen Prinzip noch einigen Inhalt gibt. Wir sprechen jedoch besser von einem Prinzip der